

**Haushaltsrede des Stadtkämmerers Ulrich Kiedaisch
zur Einbringung des Haushalts 2012
am 26. Oktober 2011**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich auf den Haushaltsentwurf eingehe, kurz einige Sätze zu den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

Nach einem konjunkturell hervorragenden Start zu Beginn des Jahres, haben sich im Sommer 2011 die Aussichten für die Weltwirtschaft deutlich verschlechtert. Insbesondere droht in Europa die Staatsschuldenkrise sich zu einer Bankenkrise auszuweiten. Dies belastet zunehmend auch die deutsche Konjunktur. Die stark erhöhte Unsicherheit wird laut dem Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsinstitute die inländische Nachfrage dämpfen, und der Außenhandel dürfte aufgrund der schwierigen Lage wichtiger Handelspartner nicht mehr zur Expansion beitragen. Die Institute erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,9 % und im kommenden lediglich um 0,8 % zunimmt.

Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt beurteilen die Forscher nach wie vor gut: Die Arbeitslosenquote dürfte allerdings nur noch wenig von 7,0 % auf 6,7 % im Jahr 2012 zurückgehen. Die Inflationsrate von voraussichtlich 2,3 % im Jahr 2011 und 1,8 % im Jahr 2012 wird mehr und mehr vom inländischen Preisauftrieb bestimmt. Das Budgetdefizit des Staates wird auf 0,9 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr und 0,6 % im kommenden Jahr zurückgehen. Dies bedeutet jedoch, dass sich die Gesamtverschuldung des Staates trotz guter Konjunkturlage weiter erhöht.

Das größte Risiko besteht laut Gutachter in einer Zuspitzung der Europäischen Schulden- und Vertrauenskrise, durch die sich die Finanzierungsbedingungen für die Wirtschaft merklich verschlechtern könnten. Eine Bankenkrise im Euroraum würde angesichts der

Vernetzung im Finanzsektor vermutlich auf andere Länder übergreifen und hätte gravierende Konsequenzen für die Wirtschaft in Deutschland.

Die Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich des Geschäftsverlaufs im kommenden halben Jahr haben sich weiterhin beträchtlich eingetrübt. Die weiterhin gute Lage der Unternehmen zeigt, dass sich die deutsche Konjunktur bislang von den politischen Turbulenzen abkoppeln konnte.

Es bestünden auch Chancen, dass sich die Konjunktur in den kommenden Monaten besser entwickelt als hier erwartet. Bisher seien es hauptsächlich die Stimmungsindikatoren und die Finanzmarktdaten, die auf eine deutliche Eintrübung der Konjunktur hindeuten. Die realwirtschaftlichen Daten waren hingegen bis zuletzt überwiegend gut. Wenn es der Politik in nächster Zeit gelänge, einen Ausweg aus der Schuldenkrise aufzuzeigen, könnte sich die Stimmung rasch wieder verbessern und die Konjunkturaussichten würden sich aufhellen.

Die Forscher warnen in ihrem Bericht erneut davor, den Konsolidierungskurs wegen der im Augenblick recht komfortabel erscheinenden Haushaltssituation zu lockern, wie dies in der Vergangenheit bei einer sich konjunkturbedingt bessernden Finanzlage vielfach der Fall war. Eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik sei aus mehreren Gründen notwendiger denn je. Erstens gewänne die Politik durch eine konsequente Rückführung der Defizitquote den Handlungsspielraum zurück, der in den vergangenen Jahren verloren wurde, der aber im Fall einer erneuten Rezession erforderlich sei, um die automatischen Stabilisatoren wirken lassen zu können, ohne sofort eine übermäßige Verschuldung aufzuweisen. Zweitens könne die Bundesrepublik so die Vorgaben des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten, der eine stetige Annäherung an die Verschuldungsgrenze von 60 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts vorschreibt. Würde Deutschland diese Regel missachten, hätte dies eine verheerende Signalwirkung für die Europäischen Partnerländer. Vor dem Hintergrund der Bemühungen, die Haushaltsdisziplin im Euroraum zu stärken, sei dieser Punkt von besonderer Bedeutung.

Trotz hoher Auslastung und voller Auftragsbücher blicken auch die Unternehmen in der Region weniger optimistisch in die Zukunft als noch im Frühsommer 2011. Ebenso wie im Frühsommer schätzt über die Hälfte der von der IHK-Bezirkskammer Ludwigsburg befrag-

ten Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage als gut ein, allerdings erwarten nur noch 27%, dass sich die Lage weiter verbessern wird. Als größtes Konjunkturrisiko geben die meisten Firmen noch immer die hohen Energie- und Rohstoffpreise an. Des Weiteren werden die Verunsicherungen über die Entwicklung des Euros, die Inlandsnachfrage und die politischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft als Risikofaktoren genannt. Noch immer plant ein Drittel der Unternehmen, seine Inlandsinvestitionen in den nächsten zwölf Monaten weiter zu erhöhen.

Finanzlage der Kommunen allgemein

Die deutschen Kommunen können trotz höherer Steuereinnahmen keine Entwarnung für die Kommunal Finanzen geben und erwarten in diesem Jahr ein Defizit von etwa 5 Mrd. EUR. Dieses Defizit fällt allerdings insbesondere wegen steigender Gewerbesteuer Einnahmen deutlich geringer aus als in den Vorjahren. Mit rd. 39 Mrd. Euro gesamt bzw. 32 Mio. Euro netto erreicht die Gewerbesteuer ein fast annähernd so gutes Ergebnis wie im Rekordjahr 2008 (41 Mrd. Euro). Allerdings klafft weiterhin eine erhebliche Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. Ein sichtbares Zeichen dieser strukturellen Schieflage sind die steigenden Kassenkredite der Kommunen (Finanzierung laufender Ausgaben über Liquiditätskredite) die im Jahr 2011 voraussichtlich mehr als 40 Mrd. Euro erreichen. Mehrere Länder haben mittlerweile erkannt, dass die kommunale Finanznot und damit verbundenen Handlungsunfähigkeit vieler Kommunen nicht mehr hingenommen werden kann und Konzepte für Entschuldungsfonds und spezielle Konsolidierungshilfen entwickelt. Die Kommunen in Baden-Württemberg sind hierbei noch nicht betroffen.

Aktuelle Situation der Ludwigsburger Stadtfinanzen

Das Haushaltsjahr 2011 verläuft bisher sehr gut und wird auf Grund der konjunkturellen Verbesserung und einmaliger Sondereffekten bei der Gewerbesteuer besser als geplant abschneiden. Die vorgesehene Rücklagenentnahme von rd. 3,9 Mio. EUR wird voraussichtlich nicht erforderlich sein.

Wie sieht nun der aktuelle Haushaltsplanentwurf der Stadt unter diesen Rahmenbedingungen aus:

Haushaltsplanentwurf 2012

Vorab eine Neuigkeit:

Wir haben im Verwaltungshaushalt zu den bisher bekannten Gesamtübersichten zu den einzelnen Fachbereichen nun ergänzend weitere Deckblätter zu den wesentlichen Unterabschnitten hinzugefügt. Am Beispiel meines eigenen Fachbereichs möchte ich Ihnen kurz den Aufbau erläutern:

Oben sehen Sie den Unterabschnitt, darunter die Aufgabenschwerpunkte aus den Masterplänen. Anschließend haben wir die Ziele aus der Jahresarbeitsplanung bzw. die Aufgabenschwerpunkte für das kommende Jahr dargestellt. Danach sehen Sie die vom Fachbereich jeweils erbrachten Produktleistungen und am Schluss dann noch die für den Fachbereich relevanten Kennzahlen.

Mit diesen Deckblättern verfolgen wir zwei Ziele:

1. Die Verknüpfung der Masterpläne mit dem Haushalt und
2. Die Vorbereitung für eine zielorientierte Steuerung des Haushalts, wie sie mit dem neuen kommunalen Haushaltsplan ab 2014 vorgeschrieben ist.

Wir wissen, dass dieser erste Versuch noch Mängel hat, wollen aber auf dieser Grundlage die weitere Entwicklung hin zu einer zielorientierten Haushaltsplanung beginnen.

Das Ergebnis des Haushalts 2012 ist im Wesentlichen geprägt durch

- stabile bzw. insgesamt leicht steigende Steuereinnahmen
- steigende Personal- und Sachausgaben sowie steigende Zuweisungen an Dritte
- hohe Investitionsausgaben

Im Einzelnen:

- **Verwaltungshaushalt**

Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushalts beträgt in 2012 300.108.850 Euro, das sind rd. 5,7 Mio. Euro mehr als im Vorjahr.

- **Einnahmen des Verwaltungshaushalts**

Die Einnahmeseite umfasst die Steuereinnahmen, Gebühren und Entgelte, Verwaltungs- und Betriebseinnahmen sowie sonstige Einnahmen. Bereinigt man diese Übersicht um die nicht zahlungswirksamen kalkulatorischen Einnahmen und den Einnahmen aus Inneren

Verrechnungen, ergibt sich das folgende Bild, welches zeigt, dass sich die Stadt Ludwigsburg – wie auch alle anderen Kommunen – zu ca. 70 % aus Steuereinnahmen finanziert.

Gewerbesteuer

Sie sehen an der Folie, wie sich die Gewerbesteuer in den letzten 8 Jahren entwickelt hat. Nach dem Rückgang der Gewerbesteuer in 2010 erwarten wir in 2011 ein Rekordergebnis von über 70 Mio. Euro, welches allerdings von einmaligen überproportionalen Sondereinflüssen begünstigt ist. Wir rechnen – bei einem weiter positiven Konjunkturverlauf – mit 63 Mio. Euro für das Jahr 2012.

Grundsteuer

Im Vergleich zur Gewerbesteuer ist die Grundsteuer eine verlässliche und konjunkturunabhängige Steuer. In 2012 haben wir hier 13,6 Mio. Euro veranschlagt. Zur positiven Entwicklung tragen auch die Neubaugebiete bei.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Beim Anteil an der Einkommensteuer wurde ein Gesamtbetrag für Baden-Württemberg von 4,3 Mrd. Euro zu Grunde gelegt. Das sind 650 Mio. Euro mehr als im laufenden Jahr und ebenfalls Ausdruck der positiven Konjunktorentwicklung, hier insbesondere der Stabilität des Arbeitsmarktes. Die Schlüsselzahl für die Berechnung des Ludwigsburger Anteils wurde ab 2012 auf der Basis der Zahlen von 2007 wieder neu festgesetzt und ergibt für Ludwigsburg eine Reduzierung um rd. 0,5 Mio. Euro. Möglicher Grund: Der Verlust von Einwohnern mit mittleren und höheren Einkommen oder die Änderung der Sozialstruktur, d.h. mehr Einwohner mit geringeren Einkommen.

Insgesamt rechnen wir mit einem Betrag von 37,6 Mio. Euro, rd. 2,6 Mio. Euro mehr als im laufenden Jahr.

Anteil Umsatzsteuer/Allg. Finanzausweisungen

Der Anteil an der Umsatzsteuer bleibt mit rd. 6,9 Mio. Euro ebenfalls stabil, bei den Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft erhalten wir im Jahr 2012 rd. 20,1 Mio. Euro, das sind 7,6 Mio. Euro mehr als in 2011.

Die folgende Folie zeigt eine interessante Entwicklung: wenn man von den Steuereinnahmen die Umlagen (FAG-Umlage, Gewerbesteuerumlage) abzieht, bewegen wir uns in 2012 wieder in etwa auf der Höhe von 2007 und 2008. Sie sehen die dem Finanzausgleich

geschuldeten Auf- und Abwärtsbewegungen, insgesamt zeigt der Trend aber auf, dass wir uns seit Anfang 2000 nicht wesentlich nach oben entwickelt haben. Dies bedeutet – im Zusammenhang mit den gestiegenen Ausgaben -, dass wir weiterhin eine strukturelle Unterfinanzierung haben, d.h. die Einnahmen sich nicht in gleicher Weise wie die Ausgaben entwickeln.

Gebühren

Die Gebühren entwickeln sich leicht steigend. Hier versuchen wir ja, durch regelmäßige moderate Anpassungen die Kostenentwicklungen abzufedern und den Kostendeckungsgrad unserer kostenrechnenden Einrichtungen stabil zu halten. Auch für 2012 ff. haben wir solche moderate Gebührenanpassungen in den Haushaltsansätzen berücksichtigt.

Zuweisungen vom Land

Die Zuweisungen vom Land wie z.B. die Sachkostenbeiträge für die Schulen oder die Zuweisungen für die Kinderbetreuung steigen von 11,1 Mio. Euro auf 14,7 Mio. Euro an. Hintergrund ist die Zusage des Landes, den voraussichtlichen Mehrertrag aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 355 Mio. Euro für den sogenannten „Pakt mit den Kommunen für Familien und Kinder“ einzusetzen. Die Verhandlungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land sind noch nicht abgeschlossen, wir haben jedoch in der Annahme, dass das Geld den Kindern folgt, entsprechend dem Ludwigsburger Kinderanteil an der Gesamtkinderzahl des Landes (knapp 1%), 3 Mio. Euro zusätzlich veranschlagt.

Sonstige Finanzeinnahmen

Die sonstigen Finanzeinnahmen enthalten z.B. Bußgeldeinnahmen, Zinserträge aus Geldanlagen, Konzessionsabgaben und die Gewinnabführung der Städtischen Holding. Der Rückgang in 2012 ergibt sich im Wesentlichen auf Grund geringerer Nachzahlungszinsen für Steuernachzahlungen.

- Ausgaben des Verwaltungshaushalts

Bei den Ausgaben stellen im Jahr 2012 die Umlagen den größten Kostenblock, gefolgt von den internen Verrechnungen und den Personalkosten.

Auch hier ist die um die nicht zahlungswirksamen inneren Verrechnungen und kalkulatorischen Kosten bereinigte Darstellung aussagekräftiger. Die sonstigen Finanzausgaben, d.h. die Umlagen betragen in 2012 40% der Ausgaben, gefolgt von den Personalausgaben mit rd. 28% und den Sachausgaben mit 19%.

Personalausgaben

Die Personalausgaben betragen in 2012 voraussichtlich 58.173.050 Euro, das sind rd. 3,2 Mio. Euro mehr als in 2011. Dabei umfasst der Stellenplan in 2012 insgesamt 1.052,6 Stellen, das sind rd. 45 Stellen mehr als im laufenden Jahr und im Wesentlichen auf den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote zurückzuführen. Weitere Details wird Ihnen der Fachbereich Organisation und Personal im Zusammenhang mit dem Stellenentwicklungsplan erläutern.

Sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben

Auch die Sachausgaben steigen im Jahr 2012 um 1 Mio. Euro auf insgesamt 39,8 Mio. Euro. Ursachen dieser Entwicklung sind zum einen die in den letzten Jahren zusätzlich geschaffenen Einrichtungen wie Sporthallen, Fachklassentrakt, Mensa und zur Kinderbetreuung, zum anderen Preissteigerungen insbesondere bei den Energiekosten, beim Bürobedarf und bei der Reinigung. Mit jeder neuen Einrichtung entstehen – wie sie aus den Folgekostenberechnungen wissen – neue zusätzliche Ausgaben für die Bewirtschaftung und Instandhaltung zusätzlicher Flächen. Des Weiteren haben wir die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgenommenen Kürzungen im Bereich der Unterhaltung von Gebäuden, Straßen und Grünflächen wieder zurückgenommen, um die Substanzerhaltung unseres Vermögens zu sichern.

Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte

Die Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte sind natürlich geprägt durch die Zuschüsse an die freien Träger für die Kinderbetreuung. Auch in 2012 werden von den freien Trägern neue Einrichtungen und Betreuungsplätze geschaffen, die durch die Stadt finanziert werden. Der Zuschussbedarf für die nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen beträgt mittlerweile 10,7 Mio. Euro, insgesamt für alle Einrichtungen 16,8 Mio. Euro. Die Steigerung von 2011 nach 2012 ist deshalb geringer als in den Vorjahren, weil wir die eben erwähnten zusätzlichen Einnahmen des Landes von 3 Mio. Euro hier berücksichtigt haben.

Die in 2009 vorgenommenen Kürzungen bei den Zuschüssen an Vereine und Institutionen von rd. 150 TEuro haben wir in 2012 wieder zurückgenommen.

Umlagen

Die Umlagen gehen in 2012 um rd. 5,8 Mio. Euro zurück. Das Jahr 2011 war insbesondere durch die in 2009 im Vergleich zu den anderen Städten in Baden-Württemberg sehr gute Steuerkraft geprägt. Das Basisjahr für die Umlagen 2012 ist jetzt 2010, in welchem unsere Steuerkraft wieder etwas rückläufig war. Berücksichtigt ist auch die geplante Erhöhung der Kreisumlage um einen Hebesatzpunkt.

Zuführungsrate

Alle die genannten Entwicklungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite führen dazu, dass der Verwaltungshaushalt mit einer positiven Zuführung an den Vermögenshaushalt von insgesamt knapp 9,3 Mio. Euro abschließt.

Fazit für den Verwaltungshaushalt

Die Grafik zeigt, dass sich die Linien der Einnahmen und Ausgaben in 2012 wieder etwas voneinander trennen. Wir können zwar wieder mit insgesamt steigenden Steuereinnahmen rechnen, allerdings wird dennoch deutlich erkennbar, dass wir die weiter ansteigenden Ausgaben nicht ohne zusätzliche Einnahmen werden decken können. Es ist deshalb richtig, dass die kommunalen Spitzenverbände weiterhin an dem Konnexitätsprinzip bei der Kinderbetreuung festhalten. Selbst wenn sich das Land, wie vorher ausgeführt beteiligt, bleiben an der Stadt Ludwigsburg weiterhin mehr als 50% der Kosten „hängen“. Wir haben in 2012 eine Zuführung, die die gesetzliche Mindestzuführungsrate (Höhe der Kredittilgung) deutlich übersteigt und sich auch im Rahmen der uns selbst gesetzten Größenordnung von 8-10 Mio. Euro bewegt.

Vermögenshaushalt:

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts von insgesamt 35,8 Mio. Euro sind um 2,6 Mio. Euro höher als in 2011. Schwerpunkte des Vermögenshaushalts sind die Baumaßnahmen, der Erwerb von Vermögen (insb. Grundstücke) und die Zuweisungen für Investitionen an Dritte.

Ausgaben

- Entwicklung der Bauinvestitionen

Bei den Bauausgaben will ich gleich den Blick auf die mittelfristige Finanzplanung werfen. Wir haben vor vier Jahren mit dem Thema Schulentwicklung begonnen und ein damaliges Investitionsprogramm von Sanierungsmaßnahmen und dem Ausbau von Ganztagesbetreuungsräumen von mehr als 30 Mio. Euro aufgelegt. Sie sehen an der Folie, dass wir 2008-2011 konstant jährlich zwischen 6-7 Mio. Euro ausgegeben haben. Auch in 2012 bewegen wir uns in diesem Rahmen. Mit den zumindest im Grundsatz bereits beschlossenen Maßnahmen wie

- Ausbau Ganztagesbetreuungsräume Gartenstr. 14
- Sanierung und Erweiterung Schlösslesfeldschule
- Innenstadthauptschule
- Goethe Gymnasium/Justinus-Kerner-Schule

belasten wir insbesondere auch die Jahre 2013 ff. Hinzu kommen die weiteren Investitionen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung. Hier liegt der Schwerpunkt im laufenden Jahr und den Jahren 2012 und 2013 mit jährlichen Beträgen von 6 Mio. Euro in 2011, 5,7 Mio. Euro in 2012 und 4,5 Mio. Euro in 2013. Die größeren Maßnahmen sind

- Kinder- und Familienzentrum Grünbühl (bereits im Bau)
- Kindergarten Egerländerstraße
- Kindergarten Lange Straße und das
- Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler

Weitere Schwerpunkte mit mehr als 10,6 Mio. Euro in 2012 sind ökologische Ausgleichsmaßnahmen, die Sanierungsgebiete und verschiedene Straßenbaumaßnahmen:

- ökologische Aufwertung Zugwiesen
- Sanierungsgebiet Untere Stadt mit der Umgestaltung des Walker-Areals, der Umgestaltung der Lindenstraße sowie die Umgestaltung der Eberhardstraße mit der Fertigstellung des Museums
- das Sanierungsgebiet Neckarweihingen mit dem Neubau des Feuerwehrmagazins, der Sanierung und der Umbau des Rathausgebäudes, der Umbau der Haupt-/Lechtstraße sowie der Platz um Rathaus und Feuerwehr
- das Sanierungsgebiet Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe mit dem bereits erwähnten Kinder- und Familienzentrum, dem Quartiersplatz, dem Kreisverkehr Aldinger-/Donaustraße sowie die Sanierung der Netzestraße

- das Sanierungsgebiet Poppenweiler insbesondere mit dem Kinder- und Familienzentrum
- das mit jährlich 300 TEuro weiterlaufende Radwegeprogramm
- der Bau der Weststrandstraße
- Sanierung Kammerstraße
- die Wöhler-/Liebigstraße und die
- bereits laufende Sanierung der Friedenstraße

um nur die größeren Maßnahmen zu nennen.

Neu aufgenommen haben wir auch den Neubau der Oststadthalle mit netto 3,8 Mio. Euro Baukosten.

Auf dem Schaubild sehen Sie diese Schwerpunkte unserer Investitionsmaßnahmen in 2012 nochmals zusammengefasst.

Für den Grunderwerb sind in 2012 insgesamt 4,4 Mio. Euro vorgesehen.

Einnahmen

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen stehen in 2012 die Zuführungsrate von 9,1 Mio. Euro, Grundstückserlöse von 9,7 Mio. Euro, Zuweisungen/Zuschüsse von Bund und Land von 4,5 Mio. Euro und Rücklagenentnahmen von 9,96 Mio. Euro zur Verfügung.

- Stand der Allgemeinen Rücklage

Die Allgemeine Rücklage belief sich dann zum Ende des Jahres 2012 nach der zur Finanzierung von Investitionen geplanten Entnahme von insgesamt 9,96 Mio. Euro auf 37,8 Mio. Euro.

- Entwicklung des Schuldenstands

Da wir auch in 2012 keine Kreditaufnahme beabsichtigen, reduziert sich unser kameraler Schuldenstand (ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte) auf rd. 8,6 Mio. Euro, das sind 98 Euro/Einwohner.

Fazit für den Vermögenshaushalt:

Der Vermögenshaushalt kann in 2012 mit Hilfe von Zuführungsrate, Zuweisungen, Grundstückserlösen, Rücklagenentnahmen finanziert werden. Insgesamt wäre der Haushaltsplan 2012 wie wir ihn Ihnen heute vorlegen genehmigungsfähig.

Finanzplanung

Probleme bereitet uns die Finanzplanung. Wir legen Ihnen erstmals ein Investitionsprogramm vor, welches nicht ausgeglichen ist und noch ein Finanzierungsdefizit von rd. 28 Mio. Euro ausweist.

Bevor ich zu der Frage komme, wie eine solche Finanzierungslücke geschlossen werden kann, möchte ich Ihnen kurz noch darstellen, wie das Ergebnis der Finanzplanung zustande kam.

Auf der Einnahmeseite der Finanzplanung haben wir die Steuereinnahmen unter Berücksichtigung der Finanzausgleichsmechanismen moderat steigend fortgeschrieben. Wir haben also die Finanzplanung nicht schlecht gerechnet, sondern sind weiterhin von einer stabilen Konjunktur ausgegangen. Das Land hat bislang für die Jahre 2013 ff. keine Orientierungsdaten geliefert, dies soll bis Mitte November nachgeholt werden, so dass wir ggf. noch Anpassungen vornehmen werden.

Die Personal-, Sachausgaben sowie die Zuweisungen an Dritte werden auch in den künftigen Jahren weiter ansteigen. Ursachen für die steigenden Ausgaben sind im Wesentlichen die zusätzlichen Betreuungsangebote für Kleinkinder und Schüler, steigende Unterhaltungsaufwendungen für Gebäude, Straßen und Grünflächen, steigende Mietausgaben (Mathildenstr. 21, Museum) sowie Energiekosten.

Im Finanzplanungszeitraum des Vermögenshaushalts wurde ein Schwerpunkt der Bauausgaben auf die Sanierungsgebiete, das Schulentwicklungskonzept, die Maßnahmen für die U-3-Betreuung und den Straßenbau gelegt.

Der Finanzplan enthält derzeit in den Jahren 2012-2015 Investitionsausgaben von insgesamt 84,8 Mio. Euro. Der Saldo von Einnahmen und Ausgaben beträgt 65,81 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Zuführungsraten von zusammen 13,48 Mio. Euro verbleibt ein Finanzierungsdefizit von 52,33 Mio. Euro. Im Zusammenhang mit der

Festlegung von Indikatoren für eine nachhaltige, generationengerechte Finanzpolitik hat der Gemeinderat festgelegt, dass die Rücklage über den gesetzlichen Mindestbestand hinaus, mindestens das Vierfache der Mindestrücklage ausweisen soll. Dies entspricht derzeit einem Betrag von 22,28 Mio. Euro. Will man diesen Bestand erhalten, können im Zeitraum 2012-2015 maximal 24,34 Mio. Euro der Rücklage entnommen werden. Somit verbleibt zum Stand der Einbringung des Haushaltsentwurfs ein Finanzierungsdefizit von rd. 28 Mio. Euro.

Was sind die „Stellschrauben“ zur Reduzierung bzw. zum Ausgleich der Finanzierungslücke? An erster Stelle steht natürlich die mögliche Reduzierung der Ausgaben, d.h. eine weitere Priorisierung der verschiedenen Baumaßnahmen. Wo legen wir unsere Schwerpunkte, welche Maßnahmen haben Vorrang und welche können zurückgestellt werden? Wir haben bereits in der Haushaltsklausur gesehen, dass dies nicht einfach werden wird.

Natürlich besteht auch weiterhin die Möglichkeit, über eine konkrete Aufgabenkritik Einsparungen bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt zu erzielen. Das wird auch weiterhin eine Daueraufgabe sein. Nachdem wir allerdings in den letzten Jahren mehrere Haushaltskonsolidierungsrunden „gedreht“ haben, sehen wir hier nicht die großen Spielräume, um weitere Millionenbeträge einzusparen.

An zweiter Stelle stehen die Einnahmen. Im Vermögenshaushalt wären dies insbesondere

- Verkaufserlöse aus Grundstücken
- Rücklagenentnahmen oder
- Kreditaufnahmen

Wir haben im Finanzplanungszeitraum Grundstückserlöse von 27,5 Mio. Euro berücksichtigt. Hierin sind vor allem die Veräußerung von Gewerbeflächen in den Bereichen Waldacker enthalten. Des Weiteren sind die Grundstücke Tammer Straße, Meiereistraße, Vorderer Halden und Auf der Schanz berücksichtigt. Wir sehen hier keine großen weiteren Spielräume.

Warum schlagen wir Ihnen nicht einfach eine Erhöhung der Schulden bzw. Kreditaufnahmen vor? Unser Schuldenstand ist sehr niedrig, die jährlichen Zins- und Tilgungszahlungen betragen zusammen 1,7 Mio. Euro, das sind im Verhältnis zum gesamten Haushaltsvolumen gerade mal 0,5%. Zudem sind die Zinskonditionen derzeit sehr günstig. Kreditauf-

nahmen sind auch nicht per se negativ. Nahezu jeder „Häuslesbauer“ nimmt bei der Bank einen Kredit auf, um den Hausbau zu finanzieren. Dies ist dann vollkommen unproblematisch, wenn er in der Lage ist, den Kapitaldienst, sprich Zins und Tilgung, aus seinem laufenden Einkommen zu finanzieren. Unser laufendes Einkommen sind im Wesentlichen die Steuereinnahmen und wie wir sehen, reicht das Delta zwischen laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben (die Zuführung an den Vermögenshaushalt) derzeit nicht aus, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren, wir müssen hierfür Rücklagen (unser „Sparbuch“) einsetzen, d.h. wir zehren von unserer Substanz. Erschwerend kommt hinzu, dass viele unserer Investitionen nicht „rentabel“ im betriebswirtschaftlichen Sinne sind. Wir schaffen zusätzliche neue Einrichtungen (Kindergärten, Betreuungsräume an Schulen, Sporthallen etc.) deren Folgekosten höher sind als ihre Folgeeinnahmen.

Im Verwaltungshaushalt haben wir die Möglichkeit, die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Wie Sie wissen, liegen wir mit unseren Hebesätzen im mittleren bzw. unteren Bereich vergleichbarer Städte und Kommunen in der Region. Sie haben Übersichten mit den Klausurunterlagen erhalten. Aus meiner Sicht kommen wir an weiteren Steuererhöhungen nicht vorbei, solange für den Ausbau der Kinder- und Ganztagesbetreuung keine stärkere Beteiligung durch Bund und Land erreichbar ist. Sie sehen, dass trotz der stabilen Steuereinnahmen die Zuführungsraten in den kommenden Jahren wieder deutlich zurückgehen.

Letzte mögliche Stellschraube:

Wie sich die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren tatsächlich entwickeln werden ist mehr denn je ungewiss. Wir könnten den Fokus der Beratungen deshalb auch nur auf das Jahr 2012 richten und entscheiden, welche neue Maßnahmen – neben den bereits laufenden Maßnahmen – wollen wir in 2012 beginnen und für welche Maßnahmen wollen wir vorerst nur Planungsdaten aufnehmen, um dann Jahr für Jahr die Zahlen der Investitionsplanung den tatsächlichen finanziellen Gegebenheiten anzupassen, d.h. jährlich zu entscheiden, welche Investitionen finanzierbar sind. Wir haben deshalb auch eine Vormerkliste erstellt, um einen Gesamtüberblick zu geben, welche Investitionen in den nächsten Jahren noch anstehen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Haushaltsplanentwurf 2012 ist wieder mal keine leichte Kost. Ich bedanke mich bei allen Verwaltungsmitarbeiter/innen in den Fachbereichen, die an der Erstellung des Haushalts mitgewirkt haben, insbesondere meinen Mitarbeiter/innen um die Herren Kistler und Klinger. Auch Sie haben mit ihrer Mitarbeit in der Gemeinderatsklausur, für die ich mich nochmals herzlich bedanke, in diesem Jahr bereits bei der Entwurfserstellung mitgewirkt. Ich bedanke mich auch dafür, dass Sie bereit waren, diesen neuen Beratungsweg mitzugehen, um gemeinsam, Gemeinderat mit Verwaltung den Haushaltsplan 2012 zu gestalten.

Ulrich Kiedaisch



LUDWIGSBURG



Haushaltsplan 2012 und Finanzplan mit Investitionsprogramm 2011 – 2015

Einbringung Haushaltsentwurf 2012

27.10.2011

20/Kis/Kli



LUDWIGSBURG

Aktuelle wirtschaftliche
Rahmenbedingungen
Herbstgutachten der
führenden Wirtschaftsinstitute

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2009	2010	2011 (1)	2012 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{d)}				
Private Konsumausgaben	-0,1	0,6	1,2	0,9
Konsumausgaben des Staates	3,3	1,7	1,1	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-11,4	5,5	7,2	2,3
Ausrüstungen	-22,8	10,5	9,6	3,3
Bauten	-3,0	2,2	5,8	1,3
Sonstige Anlagen	0,6	4,7	4,3	4,9
Inländische Verwendung	-2,6	2,4	2,6	1,2
Exporte	-13,6	13,7	7,8	2,9
Importe	-9,2	11,7	7,7	4,1
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	-5,1	3,7	2,9	0,8
Erwerbstätige ^{e)} (1000 Personen)	40362	40553	41082	41274
Arbeitslose (1000 Personen)	3415	3238	2968	2815
Arbeitslosenquote BA ^{d)} (in %)	8,1	7,7	7,0	6,7
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,4	1,1	2,3	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)} - in Mrd. EUR	-76,1	-106,0	-23,0	-15,4
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,2	-4,3	-0,9	-0,6
nachrichtlich: Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-4,2	1,8	1,5	0,4
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{f)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	1,6	2,5	1,5

1) Prognose der Institute. - a) Preisbereinigte Angaben. - b) Inlandskonzept. - c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). - d) Verbraucherpreisindex (2005=100). - e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). - f) HWP/EWU (2005=100).

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2011 und 2012: Prognose

2

Einbringung Haushaltsentwurf 2012

27.10.2011

20/Kli/Ru

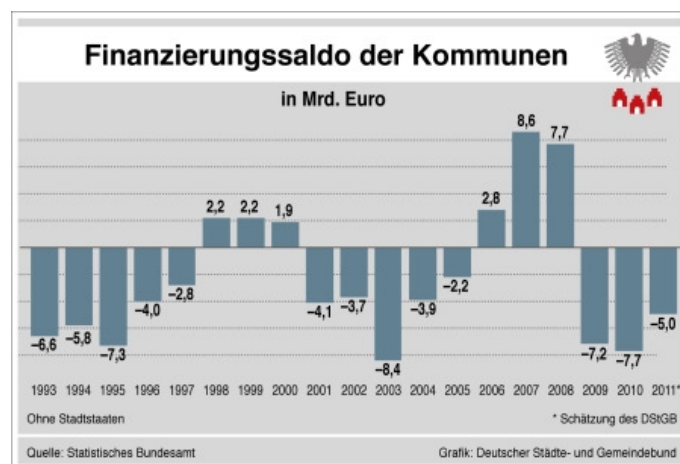


Weltwirtschaftliche Risiken:

- Europäische Staatsschuldenkrise
- Bankenkrise
- Konsequenzen für die Wirtschaft?

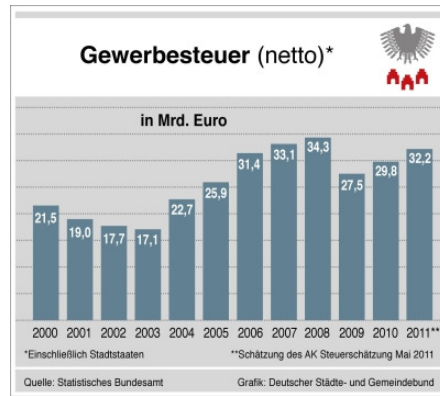
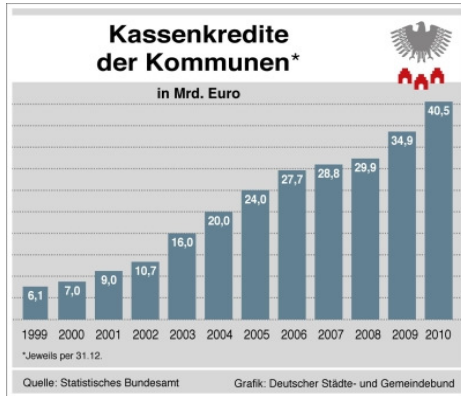


Finanzlage der Kommunen allgemein:





Finanzlage der Kommunen allgemein:



Deckblätter Verwaltungshaushalt:

Dezernat I
 Fachbereich Finanzen
 Leitung: Herr Kiedaisch

Unterabschnitt: 0300 Finanzen

Aufgabenschwerpunkte 2012 aus den Masterplänen:

Status finanziert
 Masterplan Haushaltskonsolidierung
 - Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

Ziele aus der Jahres(-arbeits)planung 2012:

- Vorbereitung der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (auf 01.01.2014)
- Sicherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft u. wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung
- Zeitnahe Bereitstellung aller erforderlichen finanz- u. betriebswirtschaftlichen Daten als Entscheidungsgrundlage
- Rechtzeitige u. wirtschaftliche Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Buchhaltung
- Zeitnahe u. möglichst vollständiger Einzug ausstehender Forderungen
- Rechtzeitige, vollständige u. wirtschaftliche Festsetzung der Steuern

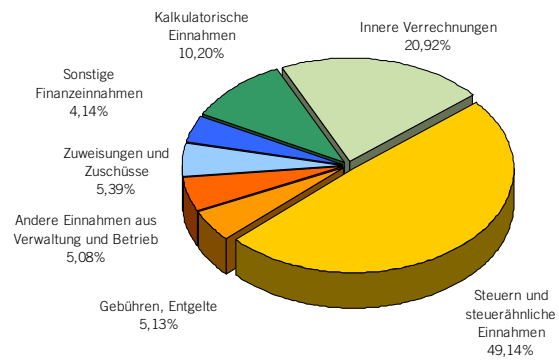
**Deckblätter Verwaltungshaushalt:****Produkte/Leistungsorientiert:**

11.12	Steuerungsunterstützung / Controlling
11.12.01	Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen
11.12.02	Ziel-, Leistungs- und Budgetvereinbarungen
11.12.03	Vollzug des Ziel-, Leistungs- und Budgetplans (Controlling)
11.12.04	Beteiligungsmanagement (einschl. Eigenbetriebe)
11.22	Finanzwesen / Kasse
11.22.01	Haushalts- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen
11.22.02	Aufgaben der Stadt als Steuerschuldner
11.22.03	Verwaltung von Treuhandvermögen, Sondervermögen, Nachlässen, Schenkungen, Vermächtnissen
11.22.04	Konzessionsverträge und -abgaben
11.22.05	Zahlungsverkehr einschl. Verwaltung der Kassenmittel und Wertgegenstände
11.22.06	Buchhaltung, Rechnungslegung, Haushaltsrechnung
11.22.07	Zwangseinziehung von Forderungen
11.22.08	Abwicklung von Geld- und Sachspenden
11.32	Abgabewesen
11.32.01	Festsetzung und Erhebung von Grundsteuer
11.32.02	Festsetzung und Erhebung von Gewerbesteuer
11.32.03	Festsetzung und Erhebung von sonstigen Steuern

Kennzahlen:	2012	2011	2010
Anzahl Vollstreckungsaufträge:	4.300	4.300	4.366
Anzahl Interkommunale Vollstreckung:	500	500	576
Anzahl Vollstreckungsaufträge aus Amtshilfeersuchen:	1.200	1.150	1.304
Anzahl Beteiligungen: > 25% / < 25% / Eigenbetriebe	8 / 6 / 1	9 / 7 / 1	9 / 7 / 1

**Rahmenbedingungen für die Haushaltsplanung 2012 ff.:**

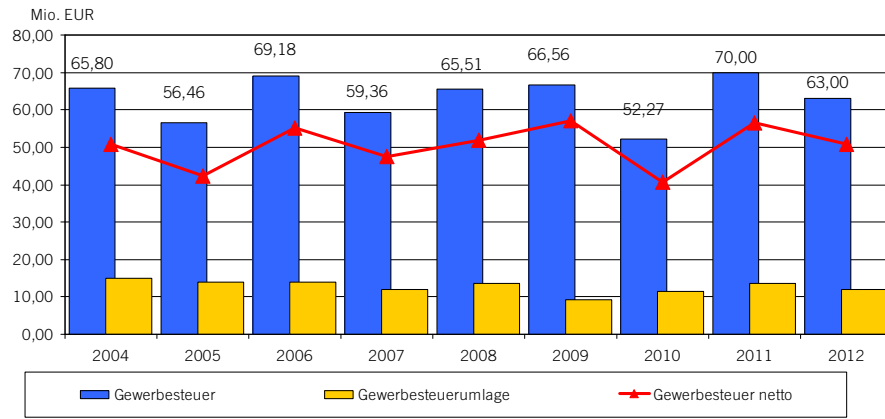
- stabile bzw. insgesamt leicht steigende Steuereinnahmen
- steigende Personal- und Sachausgaben, steigende Ausgaben für Zuweisungen
- hohe Investitionsausgaben

**Einnahmen Verwaltungshaushalt 2012:****Gesamtvolumen: 300.108.850 EUR****Tatsächlich zahlungswirksame Einnahmen im VwH:**

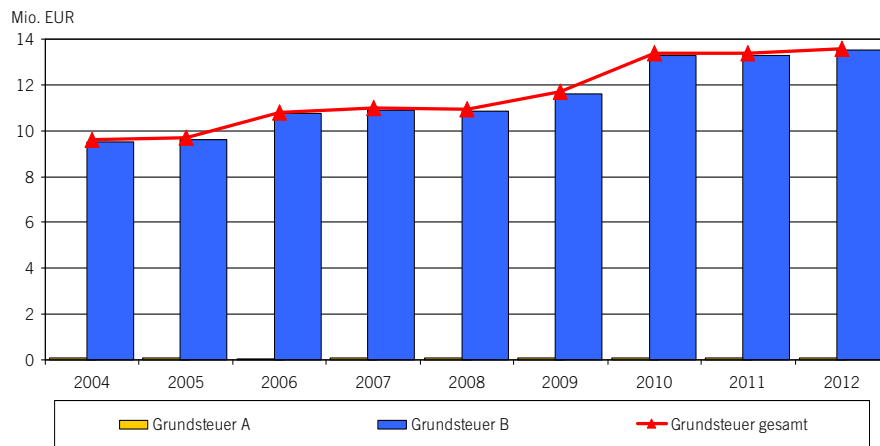
	2012	in %
Gebühren und ähnliche Entgelte	15.397.900	7,45
Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten	12.773.750	6,18
Erstattungen für Ausgaben des VwH	2.472.000	1,20
Zuweisungen / Zuschüsse für lfd. Zwecke	16.163.700	7,82
Sonstige Finanzeinnahmen	12.435.850	6,01
Zwischensumme	59.243.200	28,66
Steuern und allgem. Zuweisungen	147.461.200	71,34
Summe	206.704.400	100



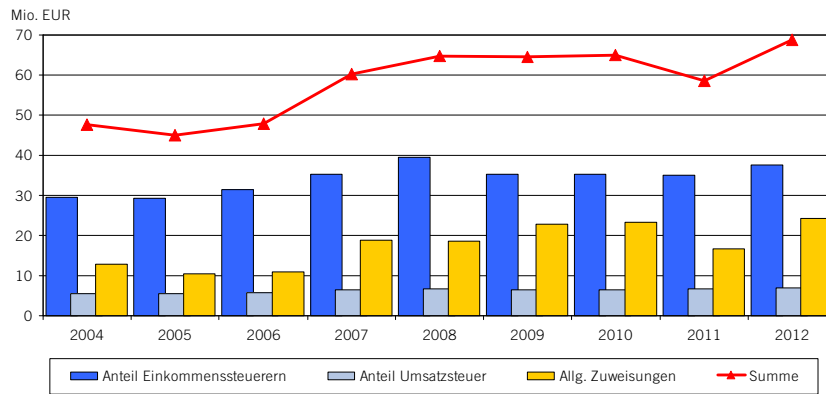
Entwicklung der Gewerbesteuer 2004 – 2012:



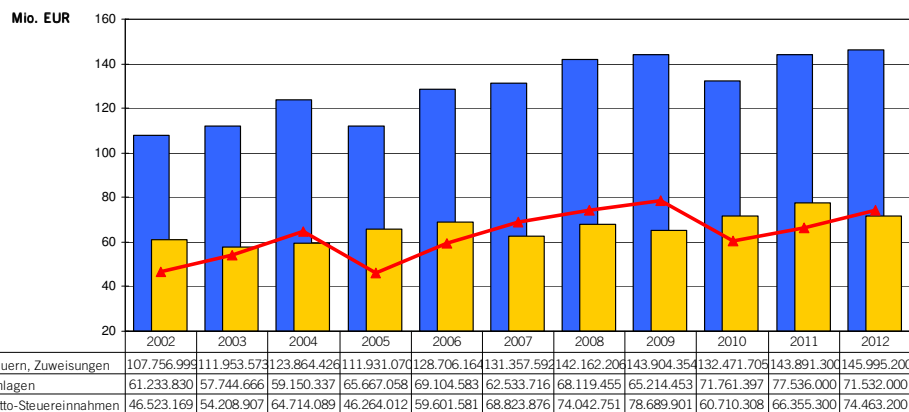
Entwicklung der Grundsteuer 2004 – 2012:



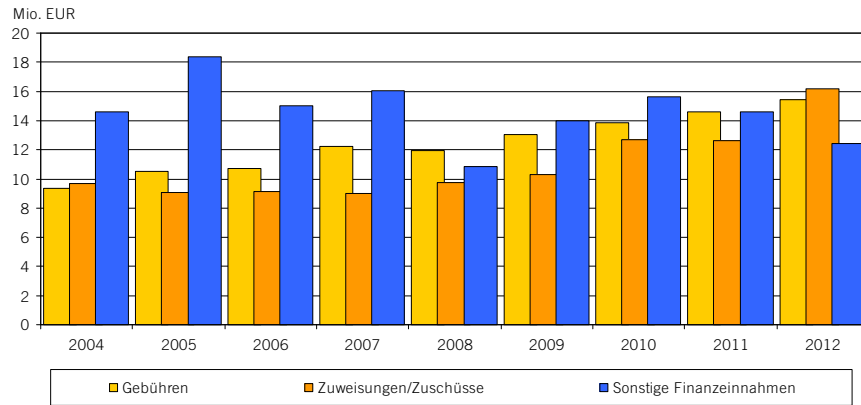
Entwicklung einzelner Einnahmearten 2004 – 2012:



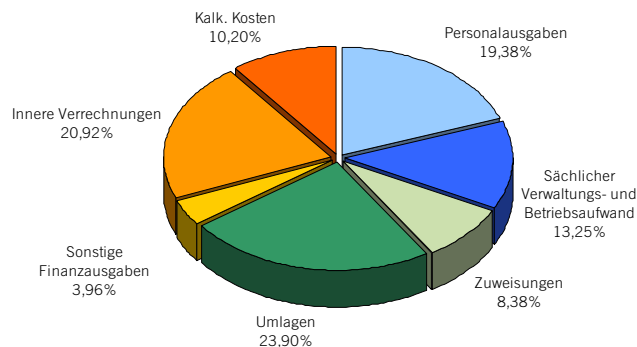
Entwicklung Umlagen vs. Steuern 2002 – 2012:



Entwicklung einzelner Einnahmearten 2004 – 2012:



Ausgaben Verwaltungshaushalt 2012:

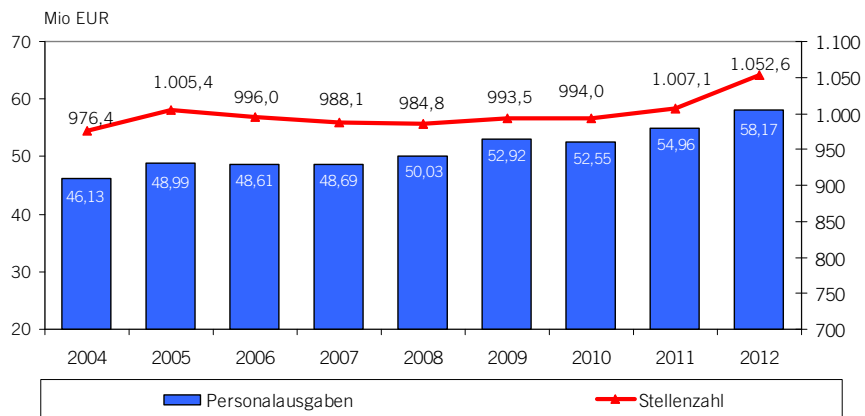


Gesamtvolumen: 300.108.850 EUR

Struktur der Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Zahlen

	2012	in %
Personalausgaben	58.173.050	28,14
Sachausgaben	39.778.950	19,24
Zuweisungen / Zuschüsse	25.149.800	12,17
Sonstige Finanzausgaben	83.602.600	40,45
Summe	206.704.400	100

Entwicklung der Personalausgaben 2004 – 2012:



Stellen-Entwicklung 2011 → 2012:

Der Stellenplan zum Nachtragshaushalt 2011 mit **1.007,06 Stellen^{*)}**

verändert sich bis zum
31.12.2011 durch

Stellenabgänge - 5,78 Stellen

Stellenzugänge + 51,16 Stellen

+ 45,58 Stellen

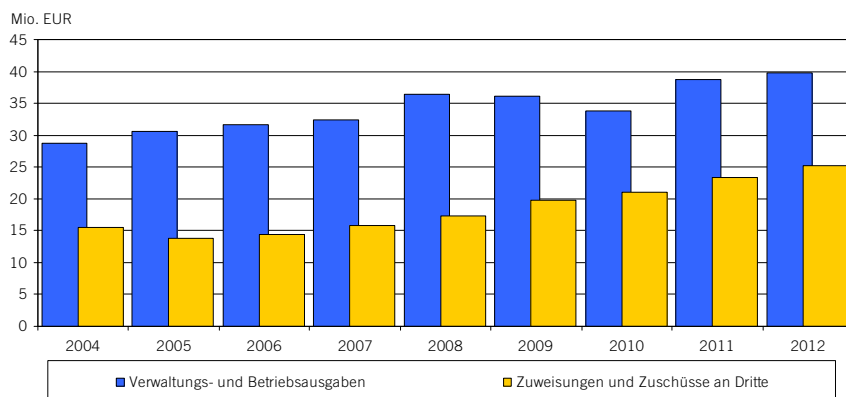
Stellenplan 2012

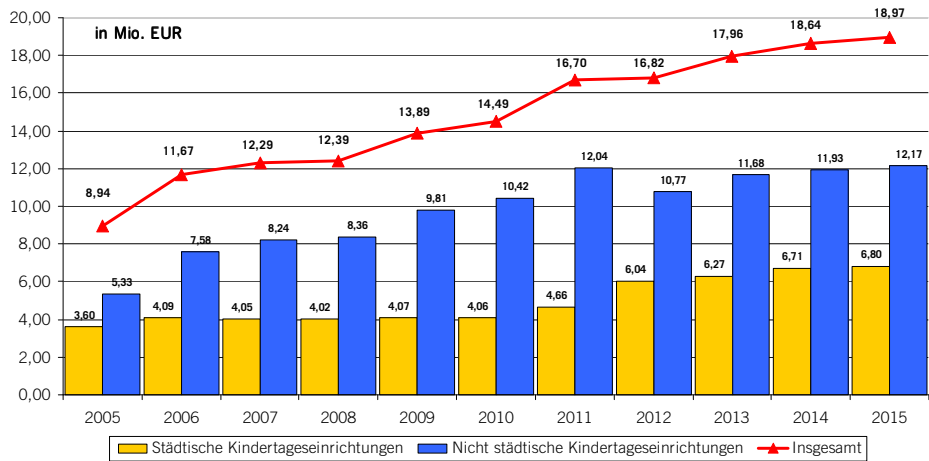
1.052,64 Stellen^{*)}

(Arbeitsstand 30.09.2011)

^{*)}Stellenzahl ohne Eigenbetrieb SEL

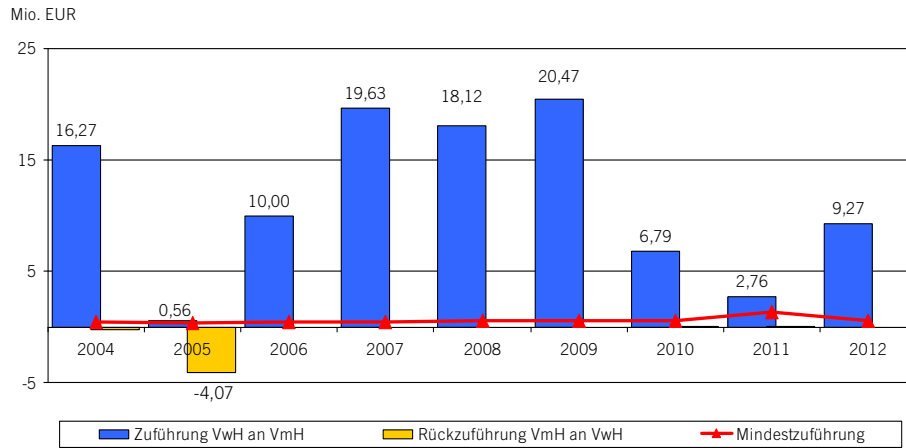
Entwicklung einzelner Ausgabearten 2004 – 2012:



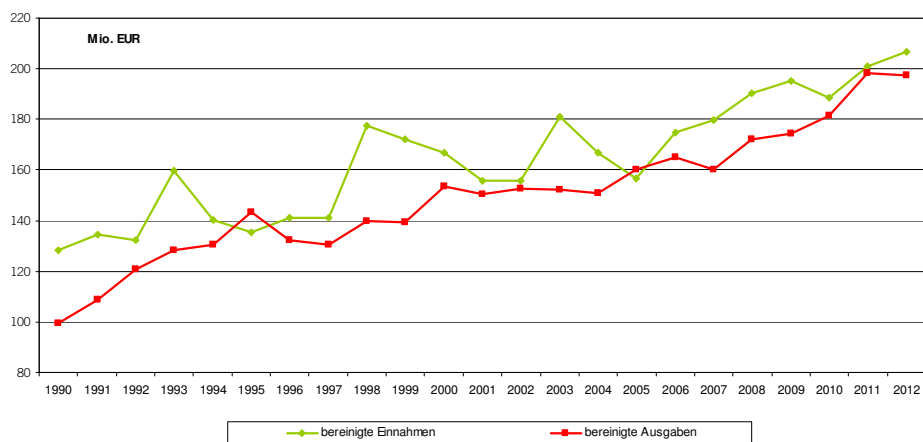
**Zuschussbedarf Kindertageseinrichtungen:****Entwicklung der Umlagen:**

	2010	2011	2012
Gewerbesteuerumlage	11.553.175	13.612.000	12.075.000
Finanzausgleichsumlage	25.011.092	25.385.000	22.954.000
Kreisumlage	34.797.109	38.089.000	36.239.000
Umlage Regionalverband	400.021	450.000	455.000
Summe	71.761.397	77.536.000	71.723.000

Ergebnis des Verwaltungshaushalts 2004 – 2012:



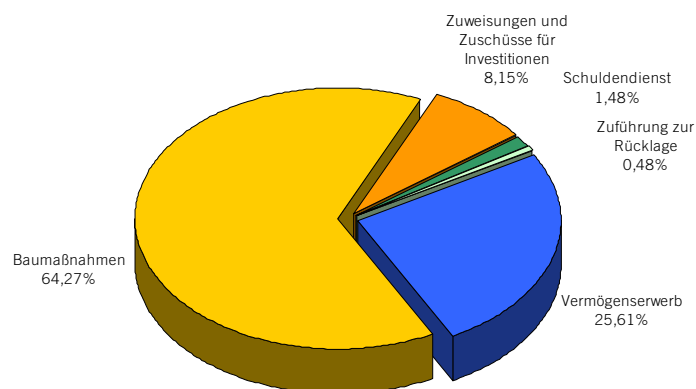
Entwicklung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben der Stadt Ludwigsburg von 1990 bis 2012:



Fazit für den Verwaltungshaushalt 2012:

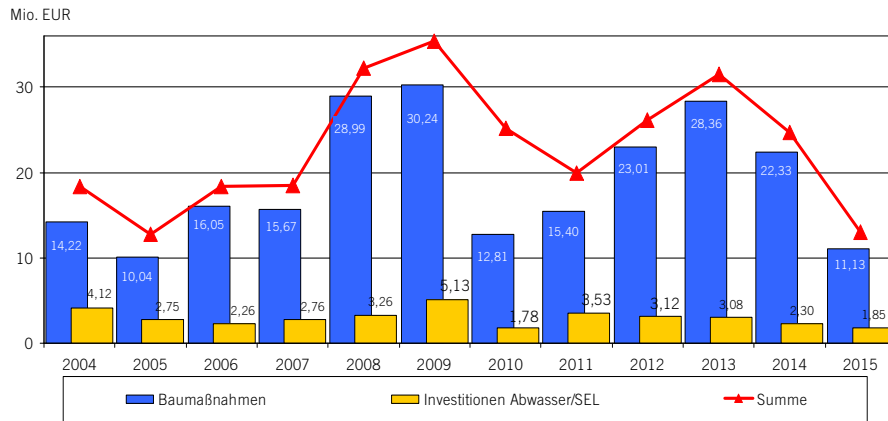
- Stabile Einnahmen trotz Rückgang der Gewerbesteuer insbesondere auf Grund höherer Schlüsselzuweisungen
- Noch offen: Unterstützung des Landes bei der Kinderbetreuung
- Steigende Ausgaben (Personal- und Sachausgaben, Zuweisungen) insbesondere wegen weiterem Ausbau der Kinder- und Ganztagesbetreuung
- Zuführungsrate von rd.9,2 Mio. Euro

Ausgaben Vermögenshaushalt 2012:



Gesamtvolumen: 35.804.900 EUR

Finanzplanung – Baumaßnahmen 2004 - 2015:



27

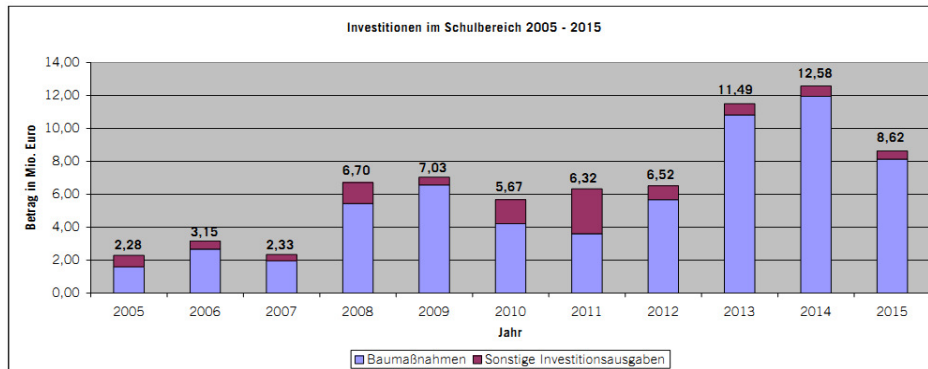
Einbringung Haushaltsentwurf 2012

27.10.2011

20/Kli/Ru

Investitionen im Schulbereich:

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Baumaßnahmen	1.550.597,50	2.648.247,16	1.944.686,10	5.423.312,20	6.555.897,99	4.198.213,62	3.987.600,00	5.654.750,00	10.804.400,00	11.940.800,00	8.118.000,00	82.466.804,57
Sonstige Investitionsausgaben	696.247,78	504.054,35	355.905,94	1.276.296,99	479.096,94	1.473.819,82	2.738.000,00	851.650,00	687.000,00	659.200,00	505.200,00	10.230.621,43
	2.246.845,28	3.152.301,51	2.300.592,04	6.700.210,16	7.034.994,93	5.672.033,44	6.725.600,00	6.506.400,00	11.491.400,00	12.599.999,99	8.623.200,00	92.700.000,00



28

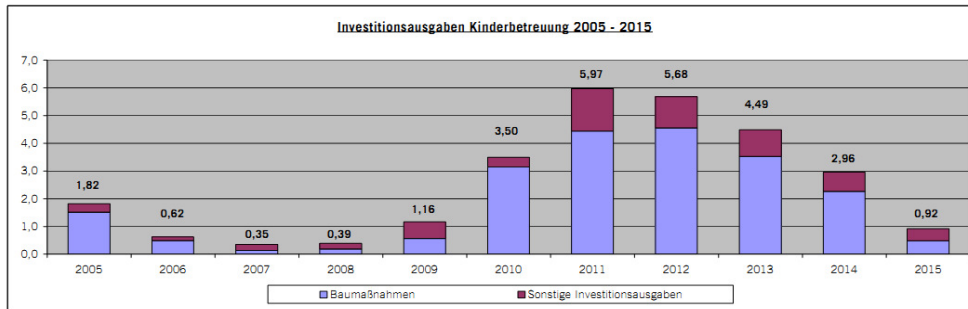
Einbringung Haushaltsentwurf 2012

27.10.2011

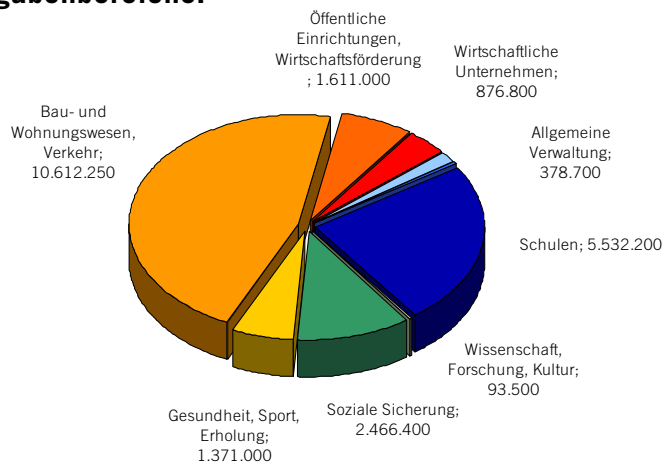
20/Kli/Ru

Investitionen im Bereich Kinderbetreuung:

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Baumaßnahmen	1.539.643,29	483.389,30	131.276,31	181.419,59	554.502,87	3.144.383,18	4.439.300	4.555.900	3.521.100	2.261.700	484.000	18.330.014,52
Sonstige Investitionsausgaben	308.555,94	134.401,99	218.505,07	203.688,63	597.348,38	354.289,54	1.533.000	1.125.200	958.000	698.000	433.000	5.442.970,55
	1.818.199,23	622.791,29	349.782,38	388.108,22	1.161.951,25	3.498.652,70	5.972.300	5.681.100	4.489.100	2.959.700	917.000	23.981.985,07

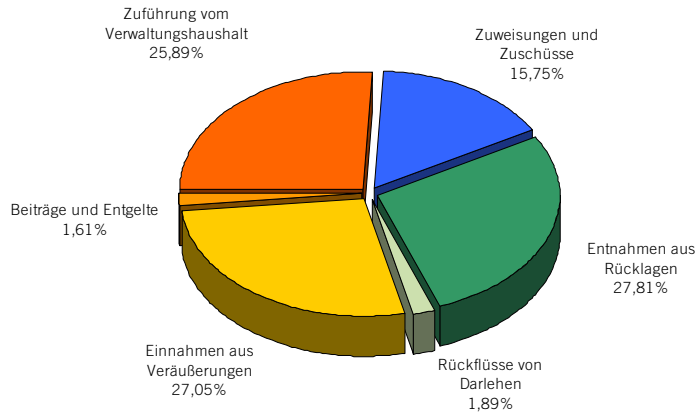


Aufteilung der Investitionsausgaben 2012 in Aufgabenbereiche:





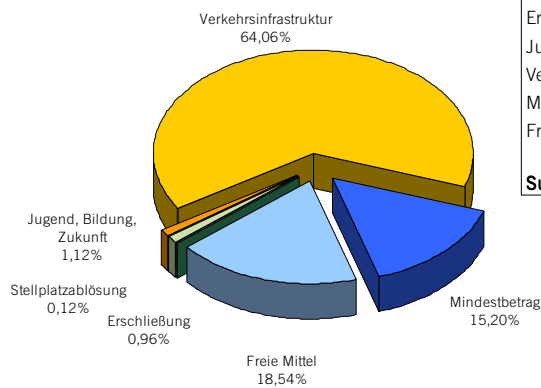
Einnahmen Vermögenshaushalt 2012:



Gesamtvolumen: 35.804.900 EUR



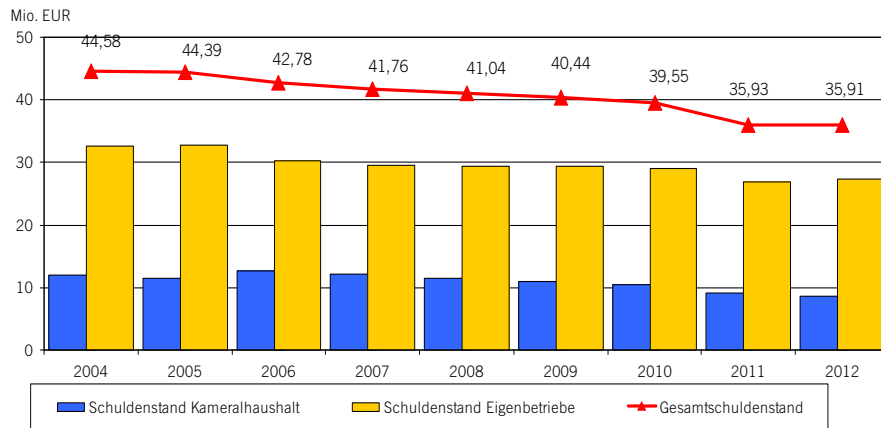
Aufteilung der allgemeinen Rücklage 2012:



Stellplatzablösung	45.431
Erschließung	360.487
Jugend, Bildung, Zukunft	419.756
Verkehrsinfrastruktur	24.011.500
Mindestbetrag	5.697.352
Freie Mittel	6.950.115
Summe Allgemeine Rücklage	37.484.641



Entwicklung des Schuldenstandes 2004 – 2012:



Fazit für den Vermögenshaushalt 2012:

- Finanzierung der Investitionen nur mit Hilfe von Zuweisungen, Grundstückserlösen und Rücklagenentnahmen
- Haushalt ist genehmigungsfähig, aber Verzehr von Rücklagen



Finanzplanung 2011 bis 2015



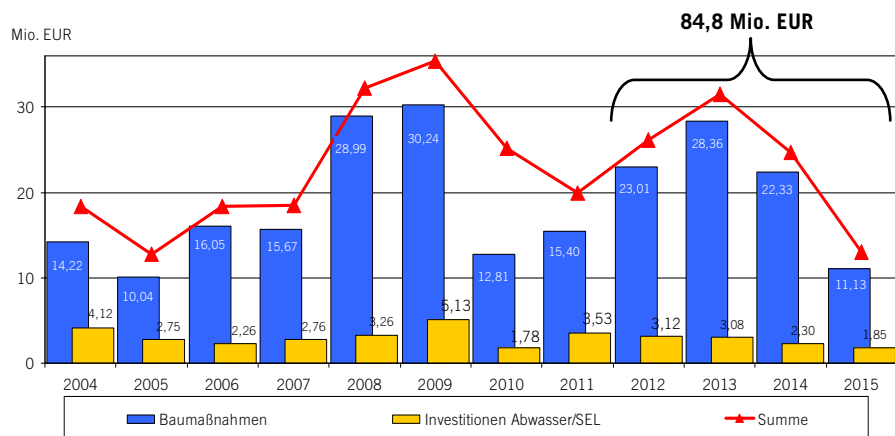
Annahmen/Prognosen für die wesentlichen Einnahmen des Verwaltungshaushalts

Steuereinnahmen	2012	2013	2014	2015
Grundsteuer	13.590.000	13.640.000	13.690.000	13.740.000
Gewerbesteuer	63.000.000	65.000.000	65.000.000	65.000.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	37.605.000	38.357.000	39.109.000	39.861.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	6.913.000	7.050.000	7.190.000	7.330.000
Sonstige Steuern	1.960.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Steuern zusammen	123.068.000	126.047.000	126.989.000	127.931.000
Schlüsselzuweisungen vom Land	20.107.000	16.081.000	16.409.000	15.085.000
Sonstige allgemeine Zuweisungen	754.200	754.000	754.000	754.000
Familienleistungsausgleich	3.532.000	3.600.000	3.670.000	3.740.000
Steuern, Zuweisungen zusammen	147.461.200	146.482.000	147.822.000	147.510.000

Annahmen/Prognosen für die wesentlichen Ausgaben des Verwaltungshaushalts

	2012	2013	2014	2015
Personalausgaben	58.173.050	58.759.000	59.479.000	60.298.000
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	39.778.950	40.218.000	41.039.000	40.926.000
Zuweisungen, Zuschüsse	25.149.800	26.895.000	27.144.000	27.590.000
Summe Personal-, Sachausgaben, Zuweisungen	123.101.800	125.872.000	127.662.000	128.814.000

Finanzplanung – Baumaßnahmen 2004 - 2015:



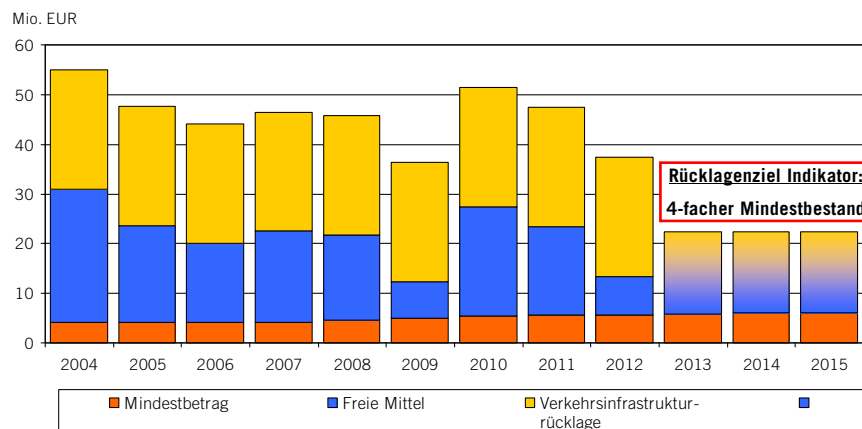
Finanzsituation über den Investitionsplanzeitraum:

Angaben in Mio. EUR	2012	2013	2014	2015	Summe
Vorläufiges Ergebnis Verwaltungshaushalt	9,10	4,90	0,36	-0,88	13,48
Saldo Investitionsprogramm	-19,06	-26,16	-11,79	-8,80	-65,81
neuer Finanzierungsbedarf	-9,96	-21,26	-11,43	-9,68	-52,33
Frei verfügbarer Teil der Rücklage 24,34 Mio.	9,96	14,38	0,00	0,00	24,34
Finanzierungsdefizit	0,00	-6,88	-11,43	-9,68	-27,99

GESAMTDEFIZIT -27,99

gesetzlicher Mindestbestand Ende 2011 5,57
 Rücklagenziel Indikator: 4-fache des Mindestbestands 22,28
 Gesamt verfügbare Allgemeine Rücklage 46,62
 verwendbar unter Berücksichtigung des Rücklagenzieles **24,34**

Entwicklung der Rücklagen 2004 – 2015:



**Finanzsituation über den Investitionsplanzeitraum:**

Angaben in Mio. EUR	2012	2013	2014	2015	Summe
Vorläufiges Ergebnis Verwaltungshaushalt	9,10	4,90	0,36	-0,88	13,48
Saldo Investitionsprogramm	-19,06	-26,16	-11,79	-8,80	-65,81
neuer Finanzierungsbedarf	-9,96	-21,26	-11,43	-9,68	-52,33
Frei verfügbarer Teil der Rücklage 24,34 Mio.	9,96	14,38	0,00	0,00	24,34
Finanzierungsdefizit	0,00	-6,88	-11,43	-9,68	-27,99

GESAMTDEFIZIT **-27,99**

gesetzlicher Mindestbestand Ende 2011	5,57
Rücklagenziel Indikator: 4-fache des Mindestbestands	22,28
Gesamt verfügbare Allgemeine Rücklage	46,62
verwendbar unter Berücksichtigung des Rücklagenzieles	24,34

**Mögliche Ausgaben-Stellschrauben:****im Vermögenshaushalt:**

- Priorisierung/Zurückstellung von Investitionsmaßnahmen

im Verwaltungshaushalt:

- weitere Einsparungen durch Aufgabenkritik



Mögliche Einnahme-Stellschrauben:

im Vermögenshaushalt:

- Veräußerungserlöse (Grundstücke/Gebäude)
- Rücklagenentnahme
- Kreditaufnahme

im Verwaltungshaushalt:

- Steuererhöhungen



Szenario-Rechnung über potentielle Steuererhöhungen

Maßnahme	Beträge in TEUR	2012	2013	2014	2015	Gesamt
Einnahmen:						
Erhöhung Grundsteuer von 360 auf 390 Hebesatz		1.130	1.130	1.130	1.130	4.520
Erhöhung Grundsteuer von 390 auf 420 Hebesatz				1.130	1.130	2.260
Erhöhung Gewerbesteuer von 360 auf 370 Hebesatz		1.700	1.800	1.800	1.800	7.100



LUDWIGSBURG

Vergleich Gewerbesteuer-Hebesätze 2011:

(24 Große Kreisstädte der Region Stuttgart und Landeshauptstadt Stuttgart)

1	Stuttgart	420
2	Schorndorf	400
6	Esslingen	390
8	Remseck	385
	ungewichteter Durchschnitt	374,80
13	Kornwestheim	370
13	Sindelfingen	370
16	Göppingen	365
17	Waiblingen	360
17	Böblingen	360
17	Ludwigsburg	360
25	Bietigheim-Bissingen	335

45

Einbringung Haushaltsentwurf 2012

27.10.2011

20/Kli/Ru



LUDWIGSBURG

Vergleich Grundsteuer B-Hebesätze 2011:

(24 Große Kreisstädte der Region Stuttgart und Landeshauptstadt Stuttgart)

1	Stuttgart	520
2	Remseck	480
3	Schorndorf	450
8	Esslingen	400
10	Waiblingen	390
	ungewichteter Durchschnitt	388,40
14	Kornwestheim	370
14	Göppingen	370
17	Sindelfingen	360
17	Ludwigsburg	360
24	Böblingen	310
25	Bietigheim-Bissingen	255

46

Einbringung Haushaltsentwurf 2012

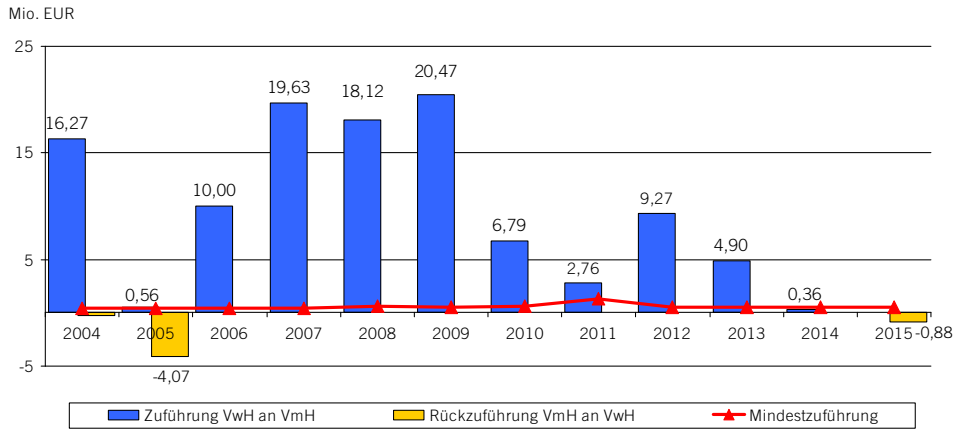
27.10.2011

20/Kli/Ru



LUDWIGSBURG

Mögliches Ergebnis des Verwaltungshaushalts 2004 – 2015:



47

Einbringung Haushaltsentwurf 2012

27.10.2011

20/Kli/Ru



LUDWIGSBURG



Haushaltsplan 2012 und Finanzplan mit Investitionsprogramm 2011 – 2015

Einbringung Haushaltsentwurf 2012

27.10.2011

20/Kis/Kli